

---

## Joschka Fischer: Umweltqualität ist auch ein soziales Ziel

---

Joschka Fischer, geb. 1948 in Gerabronn, ist Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Das hohe Maß an Übereinstimmung zwischen Deutschem Gewerkschaftsbund und einigen Einzelgewerkschaften sowie der Partei Bündnis 90/Die Grünen spiegelt eine beachtliche Entwicklung auf beiden Seiten wider - man denke nur an die siebziger Jahre, als der Atomprotest in Wyhl begann und die Gewerkschaften noch für die Atomindustrie demonstriert haben.

Eine zweite Bemerkung vorweg: Die Sorge der Gewerkschaften um die Sicherung der Beschäftigung ist auch unsere Sorge. Wenn die Beschäftigungskrise weiter zunimmt, wird der Druck auf den Sozialstaat so stark werden, daß wir in der Tat fürchten müssen, eine Entwicklung zu bekommen, wie wir sie in Großbritannien und den USA erleben, allerdings mit, und das ist meine große Sorge, ganz anderen politischen Konsequenzen. Denn wir haben nicht die angelsächsische Tradition mit ihrer großen institutionellen Flexibilität, die die Überwindung der sozialen und politischen Widersprüche

letztendlich immer wieder zu einem Problem der Mitte der Gesellschaft macht. Wir kennen nicht die Tradition, daß solche Widersprüche sozialstaatlich gedämpft und letztlich ausgeglichen werden, sondern bei uns besteht die Gefahr, daß sie in eine ernste politische Gefährdung der Demokratie münden. Wenn ich manchen Angriff auf den Sozialstaat höre, frage ich mich, ob wir bereits vergessen haben, was die Ursache für die Entstehung des demokratischen Sozialstaates in Westeuropa nach 1945 war: nämlich die gelungene Antwort auf die beiden großen totalitären Herausforderungen, den Nationalsozialismus und den Bolschewismus, die Antwort auf zwei Weltkriege und auf den Holocaust. Diese historische Begründung immer wieder ins Bewußtsein zu rücken gegenüber einer Politik, die meint, man könne sich vom Sozialstaat verabschieden, ist für die Bündnisgrünen zentral. Wir wollen verhindern, daß die Globalisierung zu einer ähnlichen Entwicklung wie in den USA führt, nämlich einer zunehmenden sozialen Desintegration der Gesellschaft.

Was hält eine Gesellschaft eigentlich zusammen? Der reine Eigennutz, das reine Gewinnstreben kann das nicht, schon gar nicht vor dem Hintergrund unserer Geschichte. Nach dem Zusammenhalt der Gesellschaft zu fragen, heißt aber auch, die Einkommensverteilung zu thematisieren. Und dabei sehe ich mit einigem Unbehagen, wie - ausgehend von der strategischen Schwächung der Gewerkschaften in den USA und in Großbritannien seit Anfang der siebziger Jahre - auch bei uns eine Entwicklung zu beobachten ist, die den alten Gesellschaftsvertrag immer mehr aufkündigt und die Einkommensentwicklung immer stärker aufsplittet.

Die Grünen sind nicht naiv. Wir wissen, daß der elektronisch organisierte Kapitalismus heute nach ganz anderen Bedingungen stattfindet als in der „guten alten Zeit“ der nationalen Ökonomien. Die globale Ökonomie steht unter anderen Gesetzmäßigkeiten. Dennoch sind wir der Meinung, daß es im wesentlichen darauf ankommt, die Bedingungen, unter denen der Sozialstaat auch im Zeitalter der Globalisierung erhalten werden kann, offen zu diskutieren und diese Möglichkeiten mit Hilfe politischer Mehrheiten auch zu nutzen. Dazu gehört dann auch die Frage der Einkommensverteilung. Ohne eine befriedigende Antwort hierauf brauchen wir über ein Zukunftsprojekt der demokratischen Linken nicht zu sprechen, so wichtig alle anderen Themen wie soziale Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichstellung, gerechte Weltwirtschaftsordnung auch sein mögen. Gewerkschaften, die mit ihrer Fachkompetenz versuchen, neue Formen der Eigentumsbeteiligung von abhängig Beschäftigten zu entwickeln und mehrheitsfähig zu machen, sind deshalb für mich auch nicht altmodisch, sondern ich sehe darin eines der Zukunftsprojekte der demokratischen Linken.

#### Bekanntnis der Gewerkschaften zum ökologischen Umbau

Wir freuen uns über den Programmentwurf, den der DGB vorgelegt hat. Wenn wir dazu Anregungen und Kritikpunkte haben, so sind das eher Ergänzungen, Vertiefungen, über die wir empfehlen ernsthaft nachzudenken.

Wir begrüßen nachdrücklich das eindeutige Bekenntnis des DGB - und wie schwierig dieses bei einem Dachverband mit unterschiedlichen Interessen ist, kann ich als Grüner gut nachvollziehen - zum ökologischen Umbau. Wir würden uns aber wünschen, daß die Erfolge eines ökologischen Umbaus für die Arbeitswelt und für die Sicherung zukunftsfähiger Arbeitsplätze und den Standort Deutschland noch verstärkt in das Grundsatzprogramm einfließen. Denn vor allem in den großen industriellen und in den industrienahen Dienstleistungsbereichen - und darum handelt es sich letztendlich beim ökologischen Umbau - wären erhebliche Wachstumsfelder zu erschließen, gerade auch unter dem Gesichtspunkt von Arbeitsplätzen.

Natürlich freut es uns auch, daß die Gewerkschaften sich in der Ökosteufrage neu positioniert haben. Wie schwierig es ist, hierbei die Interessen innerhalb der Gewerkschaften abzustimmen, ist mir bewußt. Aber letztlich darf man dabei nicht vergessen, daß eine ökologische Steuerreform sich nicht gegen die Arbeitsplätze richtet. Auch wir Grünen wollen keine Ökosteuereform, die am Ende Arbeitsplätze kostet, sondern wir wollen Schritt für Schritt umlenken. Deshalb sind wir dabei, unsere Position den Bedingungen der einzelnen Branchen anzupassen und auch über Ausnahmeregelungen und Zeitschienen nachzudenken. Aber bei allem sollten wir nicht vergessen, daß die ökologische Steuerreform, das Umsteuern unserer Gesellschaft zugunsten der Umwelt, über die Zukunftsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland entscheidet.

Was ich deshalb nicht begreife - und Gott sei Dank sind die Gewerkschaften hier viel weiter, als etwa der Automobilunternehmerverband - ist beispielsweise der Widerstand der Lobby der deutschen Automobilindustrie gegen eine zeitlich gestaffelte, aber nachdrückliche Erhöhung der Mineralölsteuer. Wir fordern das doch nicht, um den Menschen eine höhere Steuerlast aufzubrummen, sondern um so die nächste Technikstufe im Automobilbau durchzusetzen. Ohne entsprechende Marktsignale aber wird es kein Umsteuern geben. Und bis der Markt nach etlichen erfolgreichen Verzögerungsversuchen reagiert, ist es meistens schon zu spät - mit enormen ökologischen und sozialen Folgekosten und mit ökonomischen Kosten: Ich möchte in diesem Zusammenhang nur daran erinnern, daß es seinerzeit die Japaner waren, die nach der Überwindung der ersten Ölpreiskrise in den siebziger Jahren als einziges Industrieland aus globalen, marktstrategischen und nicht etwa aus ökologischen Gründen die Besteuerung des Mineralöls nicht herabgesetzt haben, mit der Konsequenz, daß sie innerhalb kürzester Zeit Spitzentechnologie auf dem Automobilmarkt anbieten konnten und den amerikanischen Markt fast völlig aufgerollt haben.

Das Beispiel der siebziger Jahre zeigt im übrigen auch, daß billige Energiepreise innovationsfeindlich sind. Auf kurze Sicht mögen sie die Gewinne erhöhen, sie führen aber gleichzeitig zu einem Innovationsdefizit, zu einer Verlangsamung des Strukturwandels. Letztendlich geht das zu Lasten der Arbeitsplätze und der Umwelt. Aus diesem Grund sind wir notfalls auch für

einen nationalen Alleingang beim Einstieg in die Ökosteuer. Europa, fürchte ich, ist in diesem Fall eine andere Bezeichnung für den Sankt-Nünmerleinstag. Hier ist ein mutiger Schritt notwendig. Natürlich sind wir bereit, über Modalitäten zu diskutieren, und selbstverständlich muß ein solcher Einstieg unter den Bedingungen einer schweren Wirtschafts- und Strukturkrise anders angelegt sein.

Ein weiterer Punkt: Das Bekenntnis des Deutschen Gewerkschaftsbunds zu einer atomenergiefreien Zukunft hat uns sehr gefreut. Wir halten dies für einen sehr wichtigen Gesichtspunkt. Aber wenn ich hier noch eine Anregung geben darf: Es wäre genauso wichtig, darüber zu diskutieren - auch in den Gewerkschaften -, was auf die Atomenergie folgen soll. Im Klartext: Die jetzige Organisationsform unserer Energiewirtschaft, vor allen Dingen was leistungsgebundene Energie betrifft, ist arbeitsplatzverhindernd und sie ist umweltbelastend. Die Energiewirtschaft mit ihrer monopolisierten Struktur ist nichts anderes als eine goldene Gans für die Energieunternehmen. Die dynamischen Konglomerate RWE, Veba und Viag verhindern Innovationen, sie verhindern das Schaffen neuer Arbeitsplätze. Alle Erfahrungen, die wir auf diesem Gebiet gemacht haben, sprechen dafür, daß sich hier mehr Markt tatsächlich zugunsten von moderner Technik, von alternativer Energieerzeugung und damit auch von mehr Arbeitsplätzen auswirkt. Und deswegen ist das Aufbrechen dieser Monopolstruktur einer der zentralen Punkte.

Das Thema Ökologie wäre es im übrigen wert, auch unter sozialen Gesichtspunkten stärker beleuchtet zu werden. Ich darf daran erinnern, daß zum Beispiel in Frankfurt 14 Prozent der Bevölkerung an Ein- und Ausfallstraßen leben, und das sind in der Regel nicht die Betuchtesten. Umweltqualität ist auch eine Frage von Lebensqualität, vor allem für die einkommensschwachen Schichten und die abhängig Beschäftigten. Ich halte es deshalb für dringend geboten, daß ökologische Fragen nicht nur aus der Perspektive des Naturschutzes im Grundsatzprogramm Erwähnung finden, sondern daß hier auch die soziale Komponente einbezogen wird.

Ein letzter Hinweis: Im Entwurf des Grundsatzprogramms finden sich zu Recht wichtige Aussagen über soziale Demokratie, über Mitbestimmung und Partizipation, sowie zur ökologischen Frage. Aus meiner Erfahrung kann ich nur dazu raten, beide Aspekte frühzeitig miteinander zu verknüpfen, und bei ökologischen Grundsatzentscheidungen die Frage der Partizipation nicht aus den Augen zu verlieren. Die Gentechnik ist eine solche Grundsatzentscheidung. Sie mag ein Segen sein, aber sie muß sich der Diskussion in der Gesellschaft stellen. Und das gilt für eine ganze Reihe anderer zukünftiger Entwicklungen ebenso. Die Gewerkschaften müssen sich Gedanken darüber machen, wie man eine „ökologische Demokratie“ gestalten kann, und vielleicht sollten sie dies auch schon in diesem Grundsatzprogramm tun.

Was ich in der gesamten Diskussion um die ökologischen Kosten im übrigen überhaupt nicht verstehe, ist die Tatsache, daß die Apostel der Markt-

Wirtschaft auf der einen Seite stets deregulieren wollen, aber eine internationale Vereinbarung über die Einbeziehung der ökologischen Kosten immer verhindern. Die Lippenbekenntnisse zur ökologischen Steuerreform nützen gar nichts. Ich bin der letzte, der am laufenden Meter Erlasse und ähnliches in der Umweltpolitik für notwendig hält, aber wenn wir verhindern wollen, daß der betriebliche Egoismus, Gewinn zu erzielen, zu Lasten der Umwelt geht, brauchen wir preisliche Belastungen, um umweltkonforme Investitionsentscheidung durchzusetzen. In der Marktwirtschaft halte ich nichts von Freiwilligkeit. In der Marktwirtschaft geht es um Interessen und um nichts anderes. Es geht darum, aus jeder eingesetzten Mark noch einen Pfennig mehr herauszuholen. Und ausgerechnet wenn es um Umweltfragen geht, sind wir plötzlich in der Situation, daß wir es nicht mehr mit knallharten Managern und Geschäftsleuten zu tun haben sollen, sondern mit den Nachfahren des Heiligen Franziskus von Assisi? Und das soll man dann auch noch glauben?

Ich finde es zudem bemerkenswert<sup>^</sup> daß der Entwurf des Grundsatzprogramms neben die ökologische Frage das Ziel einer gerechten Weltwirtschaftsordnung gestellt hat. Der Zusammenhang von Handel und Menschenrechten ist eines der zentralen, ungelösten Zukunftsthemen. Die Gewerkschaften, die bis in die Einzelbetriebe hinein immer wieder mitten in diesem Konflikt drinstecken, müssen sich an der Suche nach neuen Lösungswegen für eine globalisierte Welt beteiligen.